

„Vom Freiberufler zum Freiheitskämpfer“

Vier Tage Gesundheitspolitik, Versorgungsfragen und Personalia in der Stadt des Westfälischen Friedens: Der 110. Deutsche Ärztetag zog die Aufmerksamkeit von Gesundheitspolitik und Medien auf sich. Vom 15. bis zum 19. Mai absolvierten die 250 Delegierten ein straffes Arbeitsprogramm – und waren damit erstmals seit 1982 wieder in der Westfalenmetropole zu Gast.

Von Klaus Dercks, Ärztekammer Westfalen-Lippe

Ärzttekammer-Präsident Dr. Theodor Windhorst nahm die Delegierten und Gäste der Eröffnungsveranstaltung in seiner Begrüßung mit auf eine Zeitreise zu jenem Ärztetag in den frühen 80-er Jahren. „Vieles von damals kommt einem so vertraut vor, es könnte morgen in der Zeitung stehen“, blickte er zurück. „Es war die Zeit der so genannten K-Gesetze zur Kostendämpfung“, erinnerte Dr. Windhorst. Doch trotz „endloser Interventionsspirale“ sei man seither der Lösung der wirklichen Probleme im Gesundheitswesen nicht wesentlich näher gekommen.

Vertraute Themen

Auch ärztliche Schweigepflicht und Datenschutz standen 1982 auf der Tagesordnung des Deutschen Ärztetages. „Der damalige Ministerpräsident Johannes Rau meinte, der Datenschutz sei nötig, damit der Mensch vor dem ewigen Gedächtnis des Computers geschützt ist“, berichtete Dr. Windhorst. Auch 2007 sei die Gefahr virulent, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient ausgehöhlt werde – beide könnten zum „gläsernen Arzt und Patienten“ werden.

Eine weitere Gefahr: überbordender Dokumentationsaufwand. Schon 1982 habe der Ärztetag gefordert, dass Datenverarbeitung z. B. im Krankenhaus Valenzen für die Arzt-Patienten-Beziehung freisetzen müsse. Andernfalls sei der Aufwand für moderne Dokumentationsverfahren nicht zu vertreten. „Jeder Arzt, der sich heute mit DMP, DRG, ICD und OPS herumschlagen muss, wird über



Willkommen in Westfalen: ÄKWL-Präsident Dr. Theodor Windhorst (l.) begrüßte zur Eröffnungsveranstaltung des Deutschen Ärztetags Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und Bundesärztekammerpräsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe.

Fotos: kd

diese Vorstellung von damals nur müde lächeln“, meinte Windhorst und sprach seinen ärztlichen Zuhörern aus dem Herzen: „Das ist Zeitraub zulasten der Patienten. Denen schulden wir unsere Zuwendung – nicht der Bürokratie!“

In 25 Jahren, so Dr. Windhorst weiter, habe sich das Arztbild dramatisch geändert: „Der Arzt als Helfer und Heiler wird zum Händler und Verteiler.“ Der Arztberuf erlebe seine fortschreitende Entwertung; Ökonomie und Management erhielten immer größeren Stellenwert. Doch bei aller ökonomischen Verantwortung „wollen wir wieder vorrangig unseren ärztlichen Auftrag zur Patientenversorgung wahrnehmen“. Das werde, hoffte Dr. Windhorst, die Ärzteschaft mit ihrer stärksten Waffe, ihrer Stimme, in Münster sicherlich einfordern.

Bei allem Ernst der Sitzungsarbeit sollten die Ärztetagsteilnehmer, lud

Dr. Windhorst augenzwinkernd ein, ihre Zeit in Münster aber auch genießen. „Denken Sie an die Worte des Schweizer Gesundheitsökonom Gerhard Kocher: ‚Wer am Ende seines Lebens noch Gesundheit übrig hat, hat falsch gelebt und viel verpasst.‘“

NRW-Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann zeigte in seinem Grußwort Verständnis für das Anliegen der Ärzteschaft, sich endlich wieder auf ihre eigentliche Aufgabe, die Patientenversorgung, konzentrieren zu wollen. „Wer entmündigt wird durch Staatsdirigismus, der zieht sich zurück“, warnte Laumann und bekräftigte, dass Selbstverantwortung und Selbstkompetenz der Ärzte gestärkt werden müssten. Dazu brauche es wo immer möglich Freiheit, um die Menschen im Land bestmöglich zu versorgen. Diese Freiheit fehle jedoch an vielen Stellen. Laumann nannte als

Beispiele die in NRW vergleichsweise knapp bemessenen Basisfallwerte im Krankenhaus oder die finanziell mager ausgestattete Versorgung mit Heil- und Hilfsmitteln im ambulanten Bereich. Dennoch: „Nordrhein-Westfalen ist ein Gesundheitsstandort mit riesigem Potenzial.“

Kontinuität der Schuld?

Gleich zweimal nutzte Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt die Gelegenheit, zu den Teilnehmern der Eröffnungsveranstaltung zu sprechen. Anlässlich der Verleihung eines Forschungspreises zur Rolle der Ärzteschaft im Nationalsozialismus legte sie dar, wie die Ärzteschaft seither ihren Part in den Jahren 1933 bis 1945 angeblich nur unvollkommen aufgearbeitet habe – eine Darstellung wider anderslautende Fakten, mit der viele Zuhörer die Ärzteschaft ungerechtfertigt in eine „Kontinuität der Schuld“ gedrängt sahen. Im „offiziellen“ Grußwort hingegen steuerte die Ministerin mit Schwung und gewinnendem Lächeln erst einmal um das Reizthema Nr. 1 herum. Zum Wettbewerbsstärkungsgesetz, so Ulla Schmidt nach Ausführungen zu ge-

sunden und kranken Kindern und zur Organspende, sei nicht mehr viel zu sagen – außer dem Appell an die Ärztinnen und Ärzte, die Reform nun mitzutragen und umzusetzen.

Dennoch rechtfertigte die Ministerin die Reform. „Qualität und Wirtschaftlichkeit sind immer ein Thema“, darum und um die Bezahlbarkeit der Gesundheitsversorgung habe es auch schon vor Jahrzehnten harte Kämpfe gegeben. „Früher war eben nicht alles besser“, plauderte Schmidt von ihren Erinnerungen an Jahre, in denen Kassenpatienten beim Zahnarzt die Betäubungsspritze verweigert wurde – was beim Auditorium eher Heiterkeit als Dankbarkeit für die modernen Zeiten auslöste.

Auch mit dem Verweis auf die Neuordnung der Honorierung in der ärztlichen Versorgung vermochte Ulla Schmidt nicht zu punkten. Ihre Feststellung, dass Budgets mit floatenden Punktwerten abgelöst würden, dafür nun feste Preise gezahlt würden, rief bitteres Gelächter hervor, als die Ministerin im Nachsatz erwähnte, dass es dafür in Zukunft ein Mengengerüst geben werde. Das Morbiditätsrisiko gehe auf die Krankenkassen über. „Solch ein Honorarsystem kostet



INS GOLDENE BUCH der Stadt Münster trugen sich Bundesärztekammer-Präsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe und ÄKWL-Präsident Dr. Theodor Windhorst am Vorabend des Deutschen Ärztetags ein. Münsters Oberbürgermeister Dr. Bertold Tillmann empfing die Präsidenten der Landesärztekammern im historischen Rathaus und erläuterte im Friedenssaal das Zustandekommen des Westfälischen Friedens vor über 350 Jahren.

Drängende Sachthemen voran gebracht

Der 110. Deutsche Ärztetag in Münster ist vorbei, die Reden gehalten, hunderte Beschlüsse gefasst – was bleibt? In positiver Erinnerung wird bleiben: Dieser Ärztetag war von der Sacharbeit geprägt. Auch die Wahlen zum Bundesärztekammer-Vorstand waren kein Anlass, innerärztliche Richtungskämpfe auszutragen. Stattdessen hat die deutsche Ärzteschaft in Münster mit einer Stimme gesprochen.

Einen zweiten „Westfälischen Frieden“, diesmal mit der Gesundheitspolitik, konnte es dabei nicht geben. Ganz im Gegenteil: Der Ärztetag hat Ulla Schmidt einmal mehr mit auf den Weg gegeben, dass Ärztinnen und Ärzte keine Verfügungsmasse sind. Wir sind zur konstruktiven Zusammenarbeit bereit – aber längst nicht zu allen Bedingungen.

Das Thema Kindergesundheit ist in Münster einen großen Schritt vorangekommen: Wir engagieren uns für vernetzte Strukturen zum Wohl der Kinder. Insbesondere das von der Ärzteschaft geforderte System verbindlicher Früherkennungsuntersuchungen wird helfen, den Schutz von Kindern zu verbessern. Dabei werden Ärztinnen und Ärzte nicht zur Gesundheitspolizei. Die vertrauensvolle Arzt-Patienten-Beziehung bleibt geschützt.

Bei der Organspende hat sich der Deutsche Ärztetag zunächst für ein Festhalten am gesetzlichen Status quo ausgesprochen. Richtig ist, dass die Möglichkeiten des Systems stärker mobilisiert werden müssen – und auf Antrag der westfälisch-lippischen Delegierten wird die Bundesärztekammer nun untersuchen, ob nicht eine modifizierte Widerspruchslösung die Versorgung mit Spenderorganen noch verbessern könnte.

Ein deutliches Zeichen hat der Ärztetag auch angesichts der Entwicklungen in der Telematik gesetzt. Der elektronische Heilberufsausweis wird als ärztliches Handwerkszeug der Zukunft akzeptiert, die elektronische Gesundheitskarte in der jetzigen Form keinesfalls. Dieses Thema wird dem Deutschen Ärztetag erhalten bleiben – im Mai in Münster, nächstes Jahr in Ulm und sicher auch darüber hinaus.

*Dr. Theodor Windhorst,
Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe*

mehr Geld als heute“ – weshalb weiter nach Einsparmöglichkeiten gesucht werde. Ulla Schmidt hegte keinen Zweifel, dass die Reform erfolgreich sein werde. „Diejenigen, die nach vorn gehen wollen, werden mitgehen.“

Fortschritte, so die Ministerin weiter, habe es zugunsten der Ärztinnen und Ärzte beispielsweise beim Abbau von Bürokratie gegeben. So würden die Regeln für die Wirtschaftlichkeitsprüfung für niedergelassene Ärzte geändert. „Eine große Erleichterung in der Frage: Was kommt auf mich zu?“

Sicherheit gebe es nur durch Wandel, fuhr die Ministerin fort und beschrieb, dass die „neue Zeit gute Chancen für Mediziner in Deutschland bietet. In welchem Beruf hat man sonst die Sicherheit mehrere Angebote?“ Der Arztberuf habe in Deutschland Zukunft. „Wir wissen, dass wir Ihre Arbeit brauchen“, formulierte Ministerin Schmidt ihren Dank an die Ärztinnen und Ärzte. Und berichtete von ihrer Beobachtung, es sei eine „merkwürdige Mode, über die Zukunft des ärztlichen Berufs schlecht zu sprechen“.

„Wir leiden unter dem WSG“

Was die Ministerin vermieden hatte, Bundesärztekammer-Präsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe nannte es, immer wieder von Applaus unterbrochen, ohne Umschweife beim Namen: „Wir leiden unter dem Wettbewerbsstärkungsgesetz und seinen Vorgaben.“ Die jüngsten Gesetze hätten die schlimmsten Befürchtungen der Ärzteschaft noch übertroffen. „Deswegen gab es im vergangenen Jahr auch Proteste, wie sie die Republik noch nicht erlebt hat.“

Das „Gefühl der völligen Fremdbestimmung ärztlichen Handelns“ treibe die Ärzteschaft auf die Straße, stellte Hoppe klar. „Und wir sind stolz darauf, so für unsere Freiheit zu kämpfen.“

Das Gesetz, zog der Bundesärztekammerpräsident eine erste Zwischenbilanz, löse keines der wichtigen Probleme im Gesundheitswesen. Kein zusätzlicher Euro im Sys-

tem, ein Quasi-Budget, das jährlich neu verhandelt wird – „eine Bankrotterklärung“. Wo stärke das „Wettbewerbsstärkungsgesetz“ tatsächlich den Wettbewerb? „Ich bezweifle, dass ein patientengerechtes Gesundheitswesen nach den Gesetzen der Marktwirtschaft funktionieren kann“, warnte Hoppe und verurteilte scharf das Prinzip, nach dem „Daseinsfürsorge entstaatlicht, Versorgung aber verstaatlicht“ werden solle. Die Ärzteschaft, gab er zu, störe da in ihrer Freiberuflichkeit allerdings nur beim Vollzug der Rationierung.

Prof. Hoppe stellte am Beispiel der Krankenhausversorgung dar, wie die „Wettbewerbsstärkung à la WSG“ aussieht: Alles laufe auf Marktbereinigung hinaus, „das Sonderopfer können gerade kleine Häuser nicht leisten“. Das sei nicht zu rechtfertigen. Auch die Entwicklungen in der Krankenversicherung beurteilte Hoppe kritisch. Dass die Unterschiede zwischen privater und gesetzlicher Krankenversicherung nivelliert würden, „zielt auf eine Einheitsversicherung. Aber die wollen weder wir noch die Bürger“, forderte der Bundesärztekammerpräsident unter dem langen Applaus seiner Zuhörer.

„Wertschöpfungskette Patient“

Immer mehr gerieten Ärztinnen und Ärzte in den Konflikt, wie trotz ökonomischer Zwänge gute Medizin dauerhaft gesichert werden kann. Es klappte eine Lücke

zwischen dem, was möglich sei und dem, was geschieht. Anhand der Zitate eine Klinik-Managers malte Hoppe das zukünftige Berufsbild eines Funktionsarztes, der an der „Wertschöpfungskette Patient“ seinen Dienst tut. „Aber bevor das passiert, werden wir von Freiberuflern zu Freiheitskämpfern!“

Ein weiteres Feld, das Ärztepräsident Prof. Hoppe Sorgen bereitet: „Vertrauen bedingt Vertraulichkeit. Das Patientengeheimnis ist eines der wichtigsten Patientenrechte überhaupt.“ Gesetzespläne zur Neuregelung der Überwachung von Telekommunikation bedrohten dieses Recht. „Telefonkontakte von Abgeordneten und Strafverteidigern bleiben unangestastet. Nicht mehr verlangen wir auch“, wehrte sich Hoppe gegen künftige Lauschangriffe.

Permanenter Lauschangriff

Ein „permanenter Lauschangriff“ drohe auch mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte.



HERZENSWÜNSCHE erfüllt der gleichnamige Verein in Münster nun auch mit Hilfe des Deutschen Ärztetags: ÄKWL-Präsident Dr. Theodor Windhorst (2. v. r.) überreichte Vereins-Schatzmeisterin Ute Wiengarten am letzten Sitzungstag 4.600 Euro, die Delegierte und Gäste gespendet hatten. Der Verein, berichtete Wiengarten, werde damit einem krebserkrankten Jungen eine Reise nach Dänemark ermöglichen. Dort wolle der Lego-Fan die Produktion der bunten Bausteine besuchen und mit den Lego-Profis seinen Berufswunsch „Lego-Konstrukteur“ besprechen. Mit Ute Wiengarten freuten sich auch Gudrun Weis (r.) und Hans-Dieter Schiwotz (l.) von der Ärztekammer Westfalen-Lippe, dass die Reise ins Legoland nun gesichert ist.

„Der unbefugte Zugriff auf hochsensiblen Patientendaten muss auch in Zukunft ausgeschlossen bleiben.“ Ärzte und Patienten hätten nach jetziger Lage ohnehin nur begrenzten Nutzen von der eCard. Vorrangig, bedauerte Hoppe, würden Verwaltungsbedürfnisse befriedigt.

„Wild gefaselt“, so Prof. Hoppe in seinem Bericht zur Lage weiter, werde nach wie vor von den hohen Lohnnebenkosten, an denen das Gesundheitswesen maßgeblich beteiligt sei. „Ist den Wirtschaftsinstituten eigentlich schon einmal aufgefallen, dass die Konjunktur anzieht, obwohl es keine Beitragssatzsenkung gegeben hat?“ Die Ärzteschaft habe vorgeschlagen, die gesetzliche Krankenversicherung zu stabilisieren und auf ihre originären Aufgaben zurückzuführen. „Es gibt durchaus Möglichkeiten, das bisherige System zukunftsfähig zu machen. Der Weg in die Einheitsversicherung ist nicht zwangsläufig.“

Die Ärzteschaft, bot Prof. Hoppe an, sei zur Mitarbeit an der Weiterent-

wicklung des Gesundheitswesens bereit. Er schlug vor, einen Bundesgesundheitsrat einzurichten, der sachgerecht und transparent Entscheidungen im Gesundheitswesen vorbereiten könnte. „Das setzt allerdings voraus, dass man fair bleibt im Umgang. Dem entgegen steht aber die Stimmungsmache im Vorfeld jedes Ärztetages.“ Davon werde sich die Ärzteschaft allerdings nicht einschüchtern lassen. Die Bundesärztekammer strebe stattdessen gemeinsam mit Kassenärztlicher Bundesvereinigung und ärztlichen Berufsverbänden eine unabhängige und eigenständige Information für Bürger und Patienten an. „Wir wollen den Kolleginnen und Kollegen vor Ort ganz



Auf dem Podium hatten die Ärztetags-Delegierten nicht nur Referenten, sondern auch den Bundesärztekammer-Vorstand im Blick.

konkret die gesundheitspolitischen Themen aufbereiten, die sie zur Aufklärung ihrer Patienten brauchen. Denn die Patienten sollen nicht wieder sagen können, das haben wir nicht gewusst. Und die Politiker sollen nie wieder sagen dürfen, wir wussten nicht wirklich um die Folgen der Reform.“

Transplantationen dürfen nicht kommerzialisiert werden

Organ- und Gewebetransplantationen dürfen nicht kommerzialisiert werden – das widerspräche, machte der Deutsche Ärztetag in Münster deutlich, nicht nur dem Solidaritätsprinzip, sondern auch dem ärztlichen Ethos. Der Ärztetag unterstrich, dass Transplantationen nur nach medizinischen Kriterien erfolgen dürfen. Keinesfalls dürfe z. B. die Vermögenssituation des Organempfängers in eine Entscheidung ein-

fließen. Vier von fünf Deutschen stehen der Organspende grundsätzlich positiv gegenüber. Diese hohe Zustimmung, erkannte der Ärztetag, liege auch daran, dass die Gesetzgebung zur Organspende auf ethischen Prinzipien beruhe. Dazu gehörten vor allem die Freiwilligkeit bei der Entscheidung zur Spende, deren Unentgeltlichkeit und das strikte Verbot jeglichen Organhandels – aber auch die Chancengleichheit für Patienten durch einheitliche Wartelisten.

Doch nur gut jeder zehnte in Deutschland hat einen Spenderausweis in der Tasche und dokumentiert so seine ernsthafte Bereitschaft, ein Organ zu spenden. Wie kann die Spendebereitschaft gesteigert werden, damit nicht an jedem Tag drei Menschen auf der Warteliste für eine Transplantation sterben müssen? Die Delegierten hielten die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten zunächst grundsätzlich für ausreichend. Beim Blick in europäische Nachbarländer wurde deutlich, dass auch in Staaten, die sich für die so genannte Wider-

spruchlösung entschieden haben, nicht gegen den Willen von Angehörigen Organe des potenziellen Spenders entnommen würden. Konflikte mit Angehörigen, so die Einsicht, schaden der Transplantationsmedizin.

Bundesärztekammer prüft Widerspruchslösung

Auf Antrag aus der Ärztekammer Westfalen-Lippe wird sich die Bundesärztekammer dennoch in nächster Zeit mit der Frage einer möglichen Widerspruchslösung auch in Deutschland befassen. Sie soll prüfen, ob eine Modifikation der gesetzlichen Vorgaben zu einer Erhöhung der Spendenzahlen führen könnte.

Einstweilen, so die Meinung des Ärztetags, gelte es, die bestehenden Möglichkeiten besser auszuschöpfen. So müssten viele Krankenhäuser motiviert werden, ihre Verpflichtung zur Meldung potenzieller Spender stärker als bislang zu erfüllen. Die flächendeckende Etablierung unabhängiger Transplantationsbeauftragter könnte dies unterstützen.

kd



Abstimmung vor der Abstimmung: Westfalen-Lippes Delegierte nutzten kurze Unterbrechungen im Sitzungsablauf zum Meinungsaustausch.

Ärztetag will Neubeginn für die elektronische Gesundheitskarte

So wie sie derzeit geplant ist, darf sie nicht kommen: Der 110. Deutsche Ärztetag wandte sich vehement gegen die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte in der bisher vorgestellten Form. Das Projekt „Elektronische Gesundheitskarte“ brauche einen kompletten Neuanfang. Mit besonderer Sorge sahen die Delegierten, dass das vertrauensvolle Verhältnis zwischen Patient und Arzt schwer beschädigt würde, wenn sensible Pa-

tientendaten in zentralen Rechnern gespeichert werden sollten.

In ihrem Beschluss zur Ablehnung der eCard in ihrer jetzigen Form kritisierten die Delegierten zudem, dass der missbräuchliche Zugriff auf Patientendaten nicht sicher zu verhindern sei und dass die elektronische Gesundheitskarte keinen belegbaren medizinischen Nutzen mit sich bringe. Stattdessen würden Praxisabläufe erheblich behindert und nicht zuletzt die Kosten des milliardenschweren

Projekts „eCard“ auf Patienten und Ärzte abgewälzt.

In einem von ÄKWL-Präsident Dr. Theodor Windhorst mit initiierten Antrag beschlossen die Delegierten zudem, sich beim nächsten Deutschen Ärztetag ausführlich den Auswirkungen der Telematik und elektronischen Kommunikation auf das Arzt-Patienten-Verhältnis zu widmen.

Ausdrücklich begrüßt wurde vom Ärztetag hingegen die Einführung des elektronischen Arztausweises. Er unterstütze die sichere elektronische Kommunikation im Gesundheitswesen. *kd*

Ärzterschaft fordert besseren Schutz für Kinder und Jugendliche

Das aktuelle Thema Kinder- und Jugendgesundheit stand im Fokus des 110. Deutschen Ärztetages: Vernachlässigung und Gewalt gegen Kinder sollen besser erkannt und entsprechende Hilfe eingeleitet werden können. Mit großer Mehrheit forderte der Ärztetag ein gesetzlich verankertes Meldewesen für verbindliche Vorsorgeuntersuchungen und unterstützte die Forderung nach einer Verpflichtung von Eltern bzw. Sorgeberechtigten, diese Vorsorgeuntersuchungen für ihre Kinder termingerecht wahrzunehmen. Hierzu fassten die Delegierten auch den Beschluss, die bisherige Frequenz und den Inhalt der Untersuchungen zu überarbeiten. Zudem forderte der Deutsche Ärztetag Bund und Länder dazu auf, eine flächendeckende pädiatrische Versorgung zu gewährleisten.

Eltern sollen Untersuchungen nachweisen

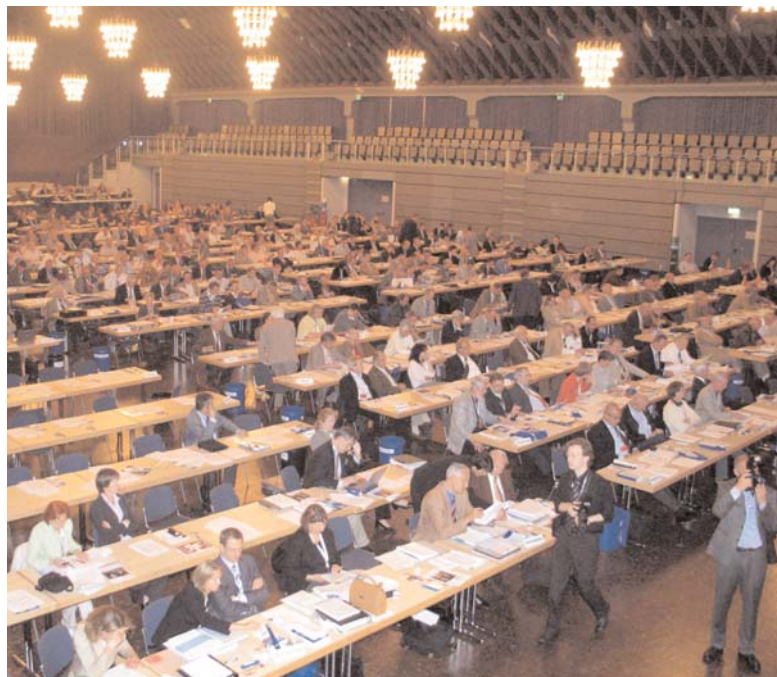
Die Delegierten lehnten es entschieden ab, die betreuenden Ärzte zum Nachweis über diese Untersuchungen zu verpflichten, da so das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Eltern erheblich gestört werde. Der Nachweis sei vielmehr Aufgabe der Eltern und Erziehungsberechtigten. Es wurde gefordert, die Teilnah-

me an den Kinderfrüherkennungsuntersuchungen an eine Bonusregelung (wie z. B. die Auszahlung des Kindergeldes) zu koppeln. Vertretern der Jugendhilfe und des öffentlichen Gesundheitsdienstes solle es ermöglicht werden, Eltern, die diese Untersuchungen nicht wahrnehmen, daran zu erinnern beziehungsweise die Fa-

milien ausfindig zu machen, die sich der Vorsorge entziehen.

Schulsport stärken

Der Ärztetag befürwortete unter anderem auch, dass Kinder und Jugendliche durch gesetzliche Maßnahmen vor Alkohol und Tabakkonsum geschützt werden sollten und forderte eine konkrete Gesundheitsvorsorge wie beispielsweise mehr Sportunterricht an Schulen. *isa*



Im Plenum des Ärztetags hatten die Delegierten aus Westfalen-Lippe ihre Plätze in den ersten Reihen.

Dr. Hans-Jürgen Thomas mit Paracelsus-Medaille ausgezeichnet

Mit Dr. Hans-Jürgen Thomas ehrte die Deutsche Ärzteschaft beim 110. Deutschen Ärztetag einen verdienten, langjährigen Arzt – aber auch einen profilierten Berufs- und Gesundheitspolitiker, der sich weit über Westfalen-Lippe hinaus für die Belange seiner Kolleginnen und Kollegen eingesetzt hat. Bundesärztekammer-Präsident Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe überreichte bei der Eröffnungsveranstaltung des Ärztetages in Münster die Paracelsus-Medaille an Dr. Thomas.

Hans-Jürgen Thomas wurde 1939 in Brieg/Schlesien geboren. Nach dem Studium der Medizin in Münster und Wien absolvierte er 1969 das Staatsexamen und wurde im gleichen Jahr promoviert. Der klinischen Weiterbildung in Münster und Beckum folgte von 1971 bis 2006 die langjährige Tätigkeit als niedergelassener

praktischer Arzt/Facharzt für Allgemeinmedizin in Erwitte.

Neben der Arbeit in der Praxis investierte Dr. Thomas Kraft und Zeit in zahlreiche Ehrenämter – allen voran die berufspolitische Arbeit im Hartmannbund, dem er seit 1969 angehört und in dem er sowohl im Landes- als auch im Bundesverband viele Jahre Verantwortung als Vorsitzender übernahm. In der Ärztekammer Westfalen-Lippe gehörte Thomas 20 Jahre lang der Kammerversammlung an. 1993, 1997 und 2001 wurde er jeweils zum Vizepräsidenten der ÄKWL gewählt.

„Hans-Jürgen Thomas hat sich stets als überzeugter Allgemeinarzt und als konsequenter Verfechter der Freiberuflichkeit



Dr. Hans-Jürgen Thomas

der Ärzte und deren beruflicher Unabhängigkeit erwiesen“, heißt es in der Laudatio zur Verleihung der Paracelsus-Medaille. „Ihm ging es nicht nur um eine wirksame Interessenvertretung der gesamten Ärzteschaft ..., sondern vielmehr auch und in erster Linie um die Erhaltung einer vertrauensvollen, individuellen Arzt-Patienten-Beziehung und eines leistungsstarken und qualitätsgesicherten Gesundheitswesens.“

- Den vollständigen Text der Laudatio für Dr. Thomas dokumentiert das Deutsche Ärzteblatt im Heft 20 vom 18. Mai 2007.

Standing ovations für wiedergewählten Präsidenten der Bundesärztekammer

Eigentlich hätte er die Verpflichtung des neu gewählten Bundesärztekammer-Vorstandes ja auf Plattdeutsch vornehmen wollen und können – aber soviel westfälisches Lokalkolorit war Dr. Horst-Aloys Massing aus Ibbenbüren auch bei einem Ärztetag im Herzen

Westfalens nicht vergönnt. „Die Satzung sieht das nicht vor.“ Vorgesehen ist in den Statuten der Bundesärztekammer hingegen, dass der älteste Delegierte die Verpflichtung vornimmt: ein Ehrenamt, das Dr. Massing, Jahrgang 1930, gern übernahm.

Mit 202 von 241 Stimmen hatte der Ärztetag zuvor Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe für eine weitere Wahlperiode an die Spitze der Bundesärztekammer gestellt – der Ärztetag unterstrich seine Entscheidung mit langen standing ovations für Hoppe. Zum 1. Vizepräsidenten wurde im dritten Wahlgang mit 121 von 245 Stimmen Dr. Frank Ulrich Montgomery, Präsident der Ärztekammer Hamburg, gewählt. Er löst Dr. Andreas Crusius, Präsident der Ärztekammer Mecklenburg-Vorpommern, ab. Im Amt bestätigt wurde die 2. Vizepräsidentin der Bundesärztekammer, Dr. Cornelia Goesmann (Hannover).

Als weitere Ärzte wählte der Deutsche Ärztetag Rudolf Henke (Aachen) und Dr. Max Kaplan (Pfaffenhausen/Unterallgäu) in den Vorstand der Bundesärztekammer. *kd*



Bei jedem Wahlgang bildeten sich lange Warteschlangen vor den Wahlurnen.



Oben: Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe (r.), Dr. Cornelia Goesmann und Dr. Frank Ulrich Montgomery stehen an der Spitze der Bundesärztekammer. Unten: Dr. Horst-Aloys Massing (l.) nahm die Verpflichtung des neuen Vorstands vor.





„DIE LANGE NACHT DES ÄRZTETAGS“ zog über 400 Gäste ins Münsteraner Hotel Mövenpick: Beim Gesellschaftsabend gab es am Himmelfahrtstag zunächst eine kurze Erholungspause vom Sitzungsgeschehen, bevor die Band „Soulfamily“ Ärztetags-Delegierte und -Gäste für den Rest der Nacht auf die Tanzfläche zog.



Ärztetag beschließt fünfjährige Facharztweiterbildung „Innere Medizin“

Damit kann sich die deutsche Ärzteschaft auch in Brüssel sehen lassen: Der 110. Deutsche Ärztetag hat mit deutlicher Mehrheit beschlossen, in das Gebiet „Innere Medizin und Allgemeinmedizin“ der (Muster-)Weiterbildungsordnung die fünfjährige Facharztweiterbildung „Innere Medizin“ aufzunehmen.

Weiterbildung nun EU-konform

Damit genügt die Gestaltung des Gebietes nun auch EU-rechtlichen Vorgaben. Dies macht es Ärztinnen und Ärzten einfacher, in anderen EU-Staaten beruflich tätig zu werden.

Das EU-Recht fordert eine Einheitlichkeit der Fachgebietsbezeichnungen in den Mitgliedsstaaten – diese war jedoch durch die unterschiedliche Umsetzung der „Rostocker Beschlüsse“ zur Weiterbildung in den einzelnen Bundesländern bislang nicht erreicht worden. Die Regelungen weichen teilweise je nach Bundesland voneinander ab. Nach dem Beschluss des Ärztetages ist es nun an den Landesärztekammern, die Ergänzungen der Muster-Weiterbildungsordnung in die jeweiligen Weiterbildungsordnungen einzuarbeiten. Das Gebiet Innere Medizin soll demnach dreifach in die Weiterbildungsordnungen eingehen: Mit dem Facharzt für Innere Medizin (Allgemeininternist), dem Facharzt für Innere und Allgemeinmedizin (Hausarzt) und der Facharztgruppe für Innere Medizin plus Organspezifizierung (Fachinternisten).

kd



MARKENZEICHEN KIEPE: Der Kiepenkerl darf nicht fehlen, wenn im Münsterland gefeiert wird. Zum „Westfälischen Abend“ lud die Ärztekammer Westfalen-Lippe in den „Paohlbürgerhof“ in Münster ein. Dort waren berufspolitische Themen erst einmal ausgeklammert. Statt dessen berichtete der Kiepenkerl seinen Zuhörer aus ganz Deutschland über Münsterländer Sitten und Gebräuche – und was der Kiepenkerl alles in seiner Kiepe hat...

„NO PANIC FOR ORGANIC“ - So heißt eine Münsteraner Initiative, die sich zur Aufgabe gemacht hat, das Thema Organspende stärker ins öffentliche Bewusstsein zu rücken – nach der Eröffnungsveranstaltung des Deutschen Ärztetags auch mit Beatmusik. Die Band „The Dandys“ gab zugunsten von „No panic for organic“ ein Konzert in der Halle Münsterland, das ohne eine Organspende nicht möglich gewesen wäre: „Dandys“-Bassist Dieter Kemmerling ist lebertransplantiert. ÄKWL-Präsident Dr. Theodor Windhorst nutzte die Gelegenheit und machte darauf aufmerksam, dass jeder einen Organspende-Ausweis bei sich tragen sollte - zum Beispiel den von „No panic for Organic“ und dem Universitätsklinikum Münster herausgegebenen Ausweis.

